

25.04.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Den Erfolg des GemeindegewestPlus-Projektes für respektvolle Pflege und zur Einsamkeitsprävention nutzen

I. Ausgangslage

Angesichts des demografischen Wandels steht unser Pflege- und Sozialsystem vor großen Herausforderungen und auch das Thema Einsamkeit im Alter erreicht dadurch eine andere Dimension. Während die Babyboomer-Generation in den nächsten fünf Jahren ins Rentenalter eintritt, wird bei einer immer älter werdenden Gesellschaft gleichzeitig die Pflegebedürftigkeit bei vielen Menschen steigen. Hier besteht schon im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit großer Beratungsbedarf, der durch die vorhandenen Strukturen nicht gedeckt wird. Präventive und gesundheitsfördernde Beratungsangebote können einen wichtigen Beitrag leisten, um eine Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuzögern und Vereinsamung vorzubeugen oder zu durchbrechen. Vor diesem Hintergrund hat das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2015, GemeindegewestPlus-Modellprojekte in sieben Landkreisen erprobt. Speziell geschulte Pflegekräfte haben dort im Zeitraum von 2015 bis 2018 in rund 7.000 präventiven Hausbesuchen mehr als 3.000 hochbetagte Menschen zu ihrer Gesundheits-, Pflege- und Lebenssituation beraten und unterstützt. Rund jede und jeder fünfte Hochbetagte gab an, aus Einsamkeit den Kontakt zu GemeindegewestPlus gesucht zu haben. Wissenschaftlich begleitet wurde das Projekt durch das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung (DIP), das die Kommunen und das Land beraten und Pflegefachkräfte speziell qualifiziert hat. Strukturell sind die GemeindegewestPlusstellen an die landesweiten Pflegestützpunkte angedockt. In diesem Jahr hat das GKV-Bündnis für Gesundheit gemeinsam mit dem Institut für angewandte Versorgungsforschung den Ergebnisbericht der Evaluation des Projektes vorgestellt. In dem Bericht heißt es, dass „die Umsetzung des Projekts GS+ in den Kommunen insgesamt gut gelingt und die GS+ gut in die kommunalen Strukturen und Prozesse integriert wurden“. Der Erfolg des Projektes ist demnach unbestritten und kann wissenschaftlich belegt werden.

Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Anteil der Generation 60+ stark ansteigen. Demnach wird sich die Altersstruktur verändern: Bei einem Bevölkerungsanteil von insgesamt 17,8 Millionen Einwohnern in NRW wird sich der Anteil der über 65-jährigen von 2025 bis 2040 in NRW um 22 Prozent und der Anteil der über 85-Jährigen um 30 Prozent steigern.¹ Diese Berechnungen müssen als Frühwarnsystem verstanden werden. Beratungsstrukturen zur Pflege, sozialen Teilhabe und Einsamkeitsprävention müssen entsprechend strukturell in jeder Region erweitert werden. Denn auch die Kommunen stehen angesichts der aktuellen Situation und der Prognosen zur Demografie vor enormen Herausforderungen. Hier stellen sich zentrale

¹ https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/demografischer-wandel-so-entwickelt-sich-die-nrw-bevoelkerung_aid-79213037

Fragen wie eine selbstständige Lebensführung, die Lebensqualität und die soziale Teilhabe von älteren Menschen so lange wie möglich wohnortnah erhalten und sichergestellt werden können. Hierzu müssen entsprechende Angebote in die vorhandenen Infrastrukturen eingebettet werden, da diese Faktoren maßgeblich von sozialräumlichen Gegebenheiten abhängen. Dabei gilt es, auch älteren Menschen, die noch nicht pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind, Fürsorge und Beratungsangebote zu ermöglichen, um auch deren spezifische Bedürfnisse vorausschauend begegnen zu können. Hier können in einem ersten Schritt Gemeindegemeinschaften Plus-Projektmodelle eine Verbesserung der Versorgung leisten.

Die Gemeindegemeinschaften Plus soll präventiv ausgerichtete Informations- und Beratungsarbeit in Form von Hausbesuchen mit sozialraumbezogenen Aktivitäten bieten, um die kommunale Daseinsvorsorge für Seniorinnen und Senioren zu unterstützen. So kann eine Selbstständigkeit von hochbetagten Menschen möglichst lange erhalten bleiben und eine Pflegebedürftigkeit vermieden oder hinausgezögert werden. Durch gezielte Angebote und Interventionen kann zudem Vereinsamung durch gezielte Interventionen vermieden oder gelindert werden. Ältere Menschen mit Hilfebedarf sollen so unterstützt werden, dass sie möglichst lange zu Hause leben können und trotz etwaiger Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich sozial aktiv beteiligen können. Der Ergebnisbericht aus Rheinland-Pfalz bestätigt, dass das Gemeindegemeinschaften Plus-Projekt genau das leisten kann. Die durchgeführte Befragung der Hochbetagten Menschen in Rheinland-Pfalz hat im Zuge der Evaluation ergeben, dass diese sich durch das Angebot der GS+ „eher gesehen, sicherer und weniger einsam“ fühlen – Indikatoren, die für eine respektvolle Pflege dringend notwendig sind.

Die positiven Erfahrungen aus den Modellprojekten der Gemeindegemeinschaften Plus in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass damit wirksame Beiträge geleistet werden können, um die beschriebenen Herausforderungen des demografischen Wandels adäquat anzugehen. In der Antwort auf die Große Anfrage Einsamkeit hat die Landesregierung angekündigt das Konzept der Gemeindegemeinschaften zur Förderung des Zusammenhalts sowie des Entgegenwirkens von Vereinsamung und mangelnder Versorgung zu nutzen. Diese Initiative gibt die Möglichkeit Gemeindegemeinschaften Plus-Projektmodelle in einem ersten Schritt zeitnah zu verwirklichen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- im Zuge einer immer älter werdenden Gesellschaft die Kommunen in NRW vor großen Teilhabe- und Pflegeherausforderungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen.
- nicht nur ältere Menschen mit Pflegebedarf nach dem SGB XI, sondern auch ältere Menschen mit Hilfebedarf ohne Pflegegrad staatliche Unterstützungs- und Teilhabeangebote benötigen.
- im Rahmen selbstständigkeitsfördernder Infrastrukturen wie Gemeindegemeinschaften Plus-Projekte eine Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich vermieden oder hinausgezögert werden kann und Einsamkeit gezielt bekämpft oder gelindert werden kann.
- sich die Gemeindegemeinschaften Plus-Projekte erfolgreich bewährt haben.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Präventive, gesundheitsfördernde und einsamkeitsmildernde Angebote für Seniorinnen und Senioren in Nordrhein-Westfalen auszubauen.
- die Kommunen in NRW bei den Herausforderungen im Hinblick auf soziale Teilhabe, Prävention und Vereinsamung von älteren Menschen durch Gemeindegemeinschaften Plus-

Modellprojekte in einem ersten Schritt zu entlasten und dafür zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

- im Rahmen einer übergeordneten Demografie- sowie Präventionsstrategie GemeindegeschwesterPlus-Projektmodelle als ersten Schritt in ausgewählten Kommunen und in Zusammenarbeit mit den landesweiten Pflegestützpunkten in jedem der fünf Regierungsbezirke in NRW zu erproben.
- im Zusammenhang mit dem GemeindegeschwesterPlus-Projekt passgenaue Angebote für Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu initiieren und dazu den Austausch mit z.B. Heimatvereinen, Sportvereinen und -gruppen und sogenannten Repair-Café zu führen.
- einen stärkeren Fokus auf sozial weniger aktive oder integrierte Personen zu legen und so Einsamkeit und deren Folgen, zum Beispiel auf die mentale Gesundheit durch das GemeindegeschwesterPlus-Projektmodelle abzumildern oder zu verhindern.
- ein einschlägig qualifiziertes Institut für angewandte Pflegeforschung damit zu beauftragen, die GemeindegeschwesterPlus-Projektmodelle wissenschaftlich zu begleiten und am Ende der Projektdauer zu evaluieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade

und Fraktion